

GASTKOMMENTAR

von Bjarne Lonborg*



Kampagne gegen den Südschleswigschen Wählerverband

Rückfall in Vergangenheit

Das gegenseitige Verständnis und die guten Relationen zwischen der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheitsbevölkerung im nördlichsten Bundesland Deutschlands, Schleswig-Holstein, hatten im Laufe der letzten Jahrzehnte eine positive Entwicklung erlebt, so dass das Gebiet von vielen anderen europäischen Minderheiten als ein Musterbeispiel oder gar Modellfall für Minderheitspolitik in Europa betrachtet wurde.

Deswegen hat es die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein mit Verwunderung, Missmut und Besorgnis getroffen, dass die Partei der Dänen und Friesen, Sydslesvigske Vaslgerforening / Südschleswigscher Wählerverband (SSW) nach den Landeswahlen am 20. Februar einer politischen Hetze seitens deutscher konservativer und liberaler Politiker ausgesetzt worden ist.

Dies nur aufgrund der Tatsache, dass der SSW mit seinen zwei Mandaten das Zünglein an der Waage zwischen den beiden Blöcken im Landesparlament geworden ist -

dem bisher regierenden sozialdemokratisch-grünen Block und dem konservativ-liberalen Block der Opposition. Kurz nach den Wahlen zeigte sich - für politische Beobachter wenig überraschend -, dass der SSW wahrscheinlich die größten politischen Zugeständnisse durch eine Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratisch/grünen Minderheitsregierung erzielen würde. Zugleich wurde der SSW seit dem Wahlabend von massiven Angriffen der konservativen CDU und der liberalen FDP getroffen. Angriffe, die von anderen Bürgern bis hin zu Morddrohungen ausgeweitet wurden, sodass die Fraktionsvorsitzende des SSW im Landtag, Frau Anke Spoorendonk, Polizeischutz in Anspruch nehmen musste.

Die bürgerlichen Kritiker sprachen dem SSW das Recht auf gleichberechtigten politischen Einfluss ab. Führende CDU-Politiker haben z.B. geäußert, dass der SSW wegen der Befreiung von der 5-Pro-

zent-Sperrklausel seine politischen Aktivitäten auf Minderheitenpolitik begrenzen und die übrige Politik in Schleswig-Holstein den deutschen Parteien überlassen sollte.

Außerdem haben sowohl konservative als auch liberale Politiker es als Missbrauch der Minderheitenrechte bezeichnet, falls der SSW als Königsmacher auftrete.

Wenn auch nur wenige führende Vertreter der beiden bürgerlichen Parteien durch ihre Angriffe auf die politische Rolle des SSW offen versucht haben, die Minderheitsrechte der letzten 50 Jahre in Schleswig-Holstein zu untergraben, entsteht gleichwohl das unangenehme Gefühl, dass das minderheitspolitische Verständnis vielleicht doch nicht den wohlfeilen Bekenntnissen und Sonntagsreden entspricht. Die Situation wird außerdem dadurch verschärft, dass die Kampagne gegen den SSW wenige Wochen vor den Feierlichkeiten anlässlich des

50-jährigen Jubiläums für die Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen stattfindet, an denen die dänischen und deutschen Regierungschefs und Außenminister teilnehmen werden.

Es ist deswegen von großer Bedeutung, dass in Schleswig-Holstein eine rasche und effektive Aufklärungsarbeit über die deutsch-dänische Minderheitenpolitik durchgeführt wird. Es muss sich zeigen, ob der höchst bedauerliche Rückfall in den überwunden geglaubten Grenzkampf lediglich eine momentane Entgleisung ist, oder ob die jahrzehntelang hoch gelobte Minderheitenpolitik nur eine dünne Eisschicht auf unterschwelligem, deutschnationalen und antidänischen Strömungen gewesen ist.

* Bjarne Lonborg ist Chefredakteur der dänischen Zeitung "Flensborg Avis" und Mitglied der Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (MIDAS).